

# Historische Monatsblätter für die Provinz Posen.

Jahrgang II.

Posen, 1. Juni 1901.

Nr. 6.

Peter P. Inowrazlaw unter Friedrich dem Großen. S. 81. — *Bar: 1010 m. n. u. s. M., Fir polnische Kolonie in Berlin* S. 88. — *Geschäftliches* S. 95. — *Bekanntmachungen* S. 96.

## Inowrazlaw unter Friedrich dem Großen.

Von

P. Becker<sup>1)</sup>.

Als Friedrich d. Gr. 1772 bei der ersten Theilung Polens Westpreußen und den Netzebezirk übernahm, kam es ihm vor allem darauf an, sich eine genaue Kenntnis vom dem wirtschaftlichen Stand seiner neuen Besitzungen zu verschaffen, um sich dadurch in die Lage zu setzen, den heruntergekommenen Gebieten wieder aufhelfen zu können. Er ließ deshalb von jedem einzelnen Ort alles aufzeichnen, was irgendwie von geschichtlicher Bedeutung war oder die Verfassung, Verwaltung, Handel, Industrie oder Ackerbau betraf. Diese Aufzeichnungen gewähren uns einen genauen Einblick in die damalige Lage des Landes und der einzelnen Ortschaften. Aus ihnen hat Max Beheim-Schwartzbach vornehmlich das Material geschöpft für seine Arbeit „Der Netzebezirk in seinem Bestande zur Zeit der ersten Theilung Polens“, die im 7. und 8. Jahrgang der Zeitschrift der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen veröffentlicht ist. In der folgenden Skizze wird wiederholt auf diese Abhandlung Bezug genommen; vorwiegend aber ist der Stoff den Inowrazlawer Magistratsakten (vom Jahre 1775 und 1783) entnommen.

Als Inowrazlaw 1772 unter preussische Verwaltung kam, zählte es 592 Einwohner und zwar 122 Männer, 151 Frauen, 153 Söhne, 154 Töchter und 12 Knechte. Auch die Namen der einzelnen Bürger sind wie bei den übrigen Städten so auch für J. angegeben, dagegen fehlt in dem Bericht an die Kammer die Namensangabe der jüdischen Einwohner; es wird nur erwähnt, daß außer den 592 Einwohnern noch etwa 200 jüdische Familien vorhanden waren, sodaß anzunehmen ist,

<sup>1)</sup> Nach einem in der Sitzung der Sektion Inowrazlaw am Montag, den 19. Dezember 1900 gehaltenen Vortrag.

daß die jüdische Bevölkerung die christliche i. J. 1772 an Zahl übertraffen hat. Doch verschob sich bis 1786, bis zum Todesjahre Friedrichs d. Gr., das Verhältnis zu Gunsten der letzteren; es wurden in diesem Jahre neben 2036 christlichen Einwohnern etwa 140 jüdische Familien gezählt. Bei der Uebernahme durch Preußen nahm J. unter den Städten des Regensburger Kreises nach der offiziellen Einwohnerzahl die 16. Stelle ein; es war kleiner als z. B. Labischin, Kobjens, Schubin, aber größer als Bromberg und übertraf die alte polnische Krönungsstadt Kruschwitz um das zehnfache. Kruschwitz hatte damals 57 Einwohner.

Ueber das Aussehen der Stadt kann man sich nur schwer eine Vorstellung machen. Sicherlich war der Anblick ebenso trostlos wie der anderer Städte, wo die vielen wüsten Stellen Zeugen eines langjährigen Verfalls und roher Verwüstung waren. In welcher Verfassung die meisten Gebäude waren, zeigt folgende Thatsache. Die Regierung hatte dem Magistrat aufgegeben, „die Balken, welche durch die Brandmauern gehen“, aussäubern zu lassen. Darauf richtete die Bürgerchaft an die Kammerdeputation in Bromberg die Bitte, ihr doch einige Raugelber zu accordieren, damit die Häuser neu gebaut werden könnten. Man fürchtete nämlich, daß die höchst baufälligen Häuser bei der geringsten Berührung einstürzen würden. Dieser trostlose Zustand der Häuser erklärt zur Genüge die verheerenden Wirkungen der Brände. So vernichtete eine Feuersbrunst, die am 30. August 1775 in der Judenstadt ausbrach, 145 Juden- und 3 Christenhäuser und 2 Scheunen. Das Feuer wurde auf Brandstiftung zurückgeführt, und der vermuthliche Brandstifter, der Feldhüter Abraham Jakob, wurde vom Stellrath Plaehn in Strelno verhaftet, dann aber auf Befehl der Bromberger Kammer freigelassen. Als Friedrich der Große die Nachricht von dem großen Brandunglück in dem neuerworbenen J. erhielt, soll er erklärt haben, das wundere ihn nicht, denn er habe noch keine miserabler gebaute Stadt gesehen als J.

Indessen hatte J. vielleicht noch einen Vorzug vor mancher Nachbarstadt; es hatte ein Rathaus, doch war dies ebensowenig ein Prachtbau, wie dasjenige, welches noch heute unsere Stadt verzehrt. Im Jahre 1778 hatten die Stürme dem „publicken Stadthause“ so übel mitgespielt, daß es unmöglich erschien, während des Winters darin zu wohnen. Der Bau-Kondukteur Tornstein wurde deswegen beauftragt, einen Kostenschlag für die nothwendigen Reparaturen aufzustellen. In diesem Anschlage findet sich auch ein Posten von 16 gGr. für  $\frac{1}{2}$  Schock Stroh, mit dem das Dach, das zur Hälfte mit Stroh gedeckt war, ausgebessert werden sollte. Auch von einem Rathhauseurm ist in den Akten die Rede; derselbe muß ebenfalls recht verdächtig gewesen sein, da der Magistrat dringend aufgefordert wird, über die bauliche

Verschaffenheit desselben das Gutachten eines verständigen Maurermeisters einzuholen.

Daß die Stadtmauer an vielen Stellen einer gründlichen Ausbesserung bedurfte, wird nach alledem als selbstverständlich erscheinen. Hierfür bot sich der Stadt unerwartet eine günstige Gelegenheit. Am 22. April 1778 erschienen vor dem Bürgermeister die Aeltesten der Synagogengemeinde und baten um die Erlaubniß, „die Stadt, wo sie offen ist, durch einen Graben oder hölzerne Landwehr auf Kosten der Synagoge vormachen zu dürfen,“ weil es ihnen nach ihren Befehlen nicht erlaubt war, „an einem Ghabbas, wo der Trich und die Stadt nicht mit einer Mauer oder Graben versehen, das geringste zu tragen.“ Dieses Anerbieten wurde dem Kreis kalkulator Arendt in Strelno überfanbt, damit dieser es zu höherer Approbation einreichte. Als dann die Sache vor die Bürgerschaft gebracht wurde, war diese mit dem Anerbieten ganz einverstanden, daß ein Fallisadenzaun angelegt würde; von der Aufwerfung von Gräben wollte sie aber nichts hören, weil das Vieh leicht darin verunglücken könnte. Der Bürgermeister Wolter hatte gegen das Ausheben von Gräben noch ein anderes Bedenken; er argwöhnte, die Juden würden dabei „die Fundamente der Mauer ruinieren und dem Anschein nach wegen der diersehalb habenden Kosten die Steine des Fundaments sich zu Ruhe machen.“

Ueber die Beschäftigung der Einwohner geben nur einzelne Notizen Aufschluß. In der von Peheim-Schwarzbach aufgestellten Tabelle werden folgende Gewerbetreibende für J. im Jahre 1772 ausgezählt: 3 Wätker, 4 Kürschner, 9 Weineweber, 1 Maurer, 1 Organist, 3 Rademacher, 1 Schlosser, 2 Schmiede, 11 Schuhmacher, 1 Schwertsieger, 2 Tischler, 2 Zimmerleute. Von den meisten Bürgern wird ein bestimmtes Gewerbe gar nicht genannt; sie trieben vermutlich vorwiegend Ackerbau. Doch ist aus dieser Anzählung zu entnehmen, daß es mit dem Gewerbe schlecht bestellt war. Und das bestätigt auch ein am 12. Juni 1775 von der Bürgerschaft an den König gerichtetes Bittgesuch, in dem es heißt, er möchte doch ihrer Stadt „wieder aufhelfen und durch Ansehung mehrerer Einwohner und tüchtiger Handwerker hinlänglich Nahrung verschaffen, die überflüssigen und Betteljuden aber, die ihr Nahrung und Gewerbe benehmen, fortschaffen, nicht weniger einen Justizbürgermeister bestellen.“ Aus diesem Immediat-Gesuch, dessen Abschrift übrigens das erste Stück in dem benutzten Altenbündel ist, lassen sich zugleich Schlüsse auf die eigenthümliche Stellung der jüdischen Einwohnerschaft ziehen.

An Zahl der christlichen überlegen, lebte sie zum Theil in bitterer Armut, unter hartem Druck seitens der Regierung und unter mannigfachen Beschränkungen. Gerade über die Lage der Juden in J. bringt ja der letzte Jahrgang der Zeitschrift der Historischen Gesellschaft (XV S. 41—94) höchst interessante Aufschlüsse aus der Feder des

Dr. Louis Lewin; die Stadtaften bieten zu dem dort Angeführten manche Bestätigung und Ergänzung für die Zeit Friedrichs d. Gr.

So erfolgte auf das oben erwähnte Geuch eine Cabinetsordre des Königs an die westpreussische Kammerdeputation zu Bromberg, ihr besonderes Augenmerk auf die Stadt A. zu richten, dafür zu sorgen, „daß diejenigen Juden, die kein eigen Gewerbe betreiben, sondern sich vom Betteln und Müßiggang nähren, sofort weggeschafft und tüchtige christliche Handwerker und Professionisten engagiert, auch denselben Nahrung und Verdienst geschafft werden möge.“ Wie nun die Bromberger Kammerdeputation diesem Befehle nachgekommen ist, läßt sich im einzelnen nicht verfolgen. Nebenfalls suchte sie das Gewerbe zu heben, auch der Stadt diejenigen Gerechtsame, die ihr zur polnischen Zeit durch die Willkür der Starosten entzogen waren, wieder zu verschaffen. So wurde der Bürgerschaft zunächst das ihr von alters her zustehende Recht der Bier- und Branntwein-Brennerei wieder erteilt. Die Stadt konnte aus dem zu diesem Behufe eingereichten Auszuge aus dem Stadtprivilegium von 1450 nachweisen, daß ihr unter andern Rechten auch das der Brennerei zugestanden habe, und daß in der Stadt und in einem Umkreise von einer Meile nur Bier aus den Inowrazlauer Brauereien geschmckt werden durfte. Die wiederhergestellte Brennerei- und Brennerei-Gerechtsame hatte für die Stadt den doppelten Vorteil, daß sie einerseits den Bürgern eine neue Einnahmequelle eröffnete, andererseits auch den Stadtsäckel nicht unbeträchtlich füllte. So wurden im Jahre 1778 vom Juni bis September 596 Tonnen Bier gebraut, und da die Tonne mit 4 gGr. versteuert wurde, so zog die Stadt davon eine Einnahme von fast 100 Thlr. Für den Branntweinschant wollte sich unter den Bürgern niemand finden; da erboten sich 2 jüdische Kaufleute, den in der Stadt fabrizierten Branntwein zu verarbeiten und zu vertreiben. Auf die vom Magistrat in dieser Angelegenheit gemachte Eingabe kam folgender Bescheid zurück:

„Da das für die Judenschaft im Keyebistritz auszuführende Generalprivilegium eigentlich die Befugnisse der Juden in Absicht der ihnen zustehenden Nahrungsarten bestimmen wird, so kann dem David David und Schoel Lewin zu A. auch noch keine förmliche Conzeßion zum fabrizieren des doppelten Branntweins erlaubt werden. Wir wollen inzwischen solches vorläufig und bis zur Regulierung des Judenwesens gedachten beiden Juden unter der von Euch in Eurem allerunterthänigsten Bericht vom 20. dieses vorgeschlagenen Restriktionen,

daß selbige bei Verlust dieser Erlaubniß sich des Branntweinschantes gänzlich enthalten, und ihren desillierten Branntwein nicht anders als in großen Quantitäten, und nicht weniger als einen Berliner Quart verkaufen dürfen, auch den zum Destillieren nötigen Branntwein von niemand anders als von den Bürgern

zu 3. nehmen sollen, sobald selbige nämlich Branntwein brauen werden,

und mit der Condition nachgeben, daß sie dafür monatlich 4 Thlr. 30 Gr. an die Kämmereikasse bezahlen.“

Auch dies Geschäft entwickelte sich ganz gut für die Stadtkasse, denn die beiden (Unternehmer) Destillateure bezahlten vom Juni bis September 1778 an Steuern 17 Thlr. 8 Gr.

Die Verwaltung der Stadt hatte selbstverständlich unter dem preussischen Regiment eine durchgreifende Aenderung erfahren. Unter polnischer Herrschaft setzte sich der Magistrat aus 9 Personen zusammen (je einem Bürgermeister, Richter, und Schreiber und 6 Assessoren), jezt führte Bürgermeister Wolter das Regiment und neben ihm sein Stellvertreter Knoll; das Amt des Schreibers verwaltete ein gewisser Janowski. Die Bitte, einen Justizbürgermeister einzusetzen, hatte der König abgeschlagen, da die Stadt nicht in der Lage sei, „einen solchen aus irgend einem Fonds zu salarieren.“

Am 22. Mai hatte Bürgermeister Wolter als Deputierter der Bürgerschaft den Huldigungseid geleistet und dadurch in feierlicher Weise die Stadt der preussischen Herrschaft unterstellt. Seitdem findet sich dann vorwiegend seine Unterschrift in allen zwischen Bürgerschaft und Regierung gewechselten Schriftstücken. Er scheint ein ziemlich strenger Herr gewesen zu sein, der aber bei jeder Gelegenheit das Interesse der Bürger emsiglich zu vertreten suchte und zähe und nachdrücklich zu bitten verstand. Er bezog ein festes Gehalt von etwa 120 Thlr. — Außer ihm und den beiden schon genannten städtischen Beamten werden ein Gerichtsdienner, ein Polizeidienner, ein Nachtwächter in den Kämmereilisten erwähnt, so daß die Zahl der Beamten nur klein gewesen sein muß. — In wichtigeren Angelegenheiten mußte die Entscheidung des Steuerraths Plocku in Strelno oder der Kammer-Deputation in Bromberg eingeholt werden.

Eine sehr wichtige Sache suchte die Stadt damals durchzusetzen. Bald nach der Uebernahme des Landes hatte nämlich Friedrich d. Gr. eine Untersuchung darüber angeordnet, „was es mit den vor vielen Jahren eingegangenen 3 Stadtdörfern und deren jezt wüste liegenden Aedern für eine Bewandnis habe, und von wem, auch auf was Arth sowohl diese Ländereien, als auch die sonstigen 5 Stadtdörfer anjezo genuzet werden.“ Es handelte sich um die Güter Kombarino, Pattkowo, Schimborze, Turzanni, Jacewo und die drei „wüsten“ Vorwerke Michowiz, Karolewo, Wiersbi (?). Die Untersuchung förderte in Bezug auf die 5 Stadtdörfer folgendes zu Tage:

Im Jahre 1772 hatte die Stadt mit dem Regimentarius von Kruszwoski einen sog. emphyteutischen Contract auf 90 Jahre abgeschlossen. K. hatte sich darin verpflichtet, die auf der Stadt lastenden Schulden in dieser Zeit zu verzinsen und abzuführen gegen den Kief-

brauch dieser 5 Güter. — Die Gesamtschulden der Stadt werden an einer andern Stelle auf 4333 Thlr. 8 Gr. angegeben. — Als das Land unter preussische Herrschaft kam, hatte K. seinen Wohnsitz nach Polen verlegt und seit jener Zeit seine Verpflichtungen gegen die Stadt nicht erfüllt; die Güter aber waren von der preussischen Regierung eingezogen. Die Stadt kam dadurch in die peinlichste Lage, denn die Gläubiger hielten sich nun an sie und verlangten nach wie vor ihre Zinsen. Die arme Stadtgemeinde konnte nicht zahlen und wurde 1777 von dem Hauptgläubiger, dem Inowrazlawer Franziskanerkloster, wegen der 4 Jahre lang rückständigen Zinsen in Höhe von 30 Thlr. verklagt und von dem Justiz-Commissarius Hantelmann zur Zahlung der Zinsen und der Kosten verurtheilt. So war der Stand der Sache, als der König einen Bericht hierüber verlangte. Auf ein an ihn gerichtetes Gnabengesuch erhielt die Stadtgemeinde die Antwort, daß das Urtheil keine Gültigkeit haben könne, da es von einem „ganz inkompetirenden Richter gefällt sei; die Stadt solle auf Verwerfung des Urtheils bei der Kammer-Dep. antragen, und sollte sie auch von der Regierung verurtheilt werden, so sollte ihr „assistentia soci“ gewährt werden.“ — Am 18. Juli 1777 erhielt die Stadt auf ihre Beschwerde den Bescheid, daß die von Hantelmann gefällte Sentenz als eine a judice incompetenti lata aufgehoben worden sei. Und bald darauf zeigte der Steuerrath Flaehn an, daß die Königl. Kriegs- und Domänen-Kammer-Deputation den Leutnant Wilhelm, der die 5 Kammergüter im Auftrage der Regierung in der Abwesenheit des von Kraszewski administrierte, angewiesen habe, jährlich 302 Thlr. und 4 gGr. (15 gr. Poln.) an die Kammereikasse zu J. abzuliefern. Die Stadt war zunächst mit dieser Regelung der Angelegenheit wohl zufrieden, zumal auch die sonst durch den Contract ausbedingenen Leistungen jetzt von dem Leutnant Wilhelm für die Stadt geleistet werden mußten. So mußte er jährlich 210 Fuhrn stellen zur Abfuhr des Straßenschmutzes und zwar für Schimborze 90, für Turzanni 40, Rombino 18, Jacewo 24, Battkowo 38. Diese Bestimmung läßt übrigens erkennen, wie sehr es sich die Verwaltung der Stadt von jeher hat angelegen sein lassen, für die Reinlichkeit und Sauberkeit der Straßen zu sorgen, zumal wenn man dabei berücksichtigt, daß sich in der Nachweisung der eingehobenen Kammerei-Gefälle vom 21. März bis 28. September 1778 auch ein Posten von 10 Gr. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Pf. für Reinigung der publikn Straßen befindet. Doch dies nebenbei. Was die 5 Stadtgüter anbetrifft, so hat die Stadt verschiedene Versuche gemacht, in ihren Besitz zurückzugelangen. Es scheint indes vergeblich gewesen zu sein. — Ueber die 3 sog. „wüsten Borwerke“ Michowicz, Marcolewo, Wierobi (?) geben die Akten keinen Aufschluß.

Zum Schluß sei noch mitgetheilt das „Inventarium von den Kämmerergütern der Stadt Z. angefertigt (1779) vom Magistrat.“ gez. Wolter, Knöll, Janowsky.

## Tit. I.

An liegenden Gründen und Pertinentien.

5 Dörfer und 3 wüste Dorfwette, als

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| 1. Kambino.             | } Sind nach emphiteutischen Contract verpfändet und erhält die Kämmererkasse einen jährlichen Zins von 302 Thl. 4 gGr. |
| 2. Bartkowo,            |  |
| 3. Schimborze,          |  |
| 4. Turjanni,            |  |
| 5. Jacemo.              |  |
| 1. Michowice            | } ein Brückenjoll in Montwy.   |
| 2. Nawolewo,            |  |
| 3. Wiersbi. ingleichen, |  |

1. Ein Wohnhaus,
2. Stand- und Marktgeld,
3. Wein- und Meth-Schanf,
4. Höfer-Zins,
5. Scharren Zins,
6. Weide-Geld,
7. Jagd.

## Tit. II.

An Aktiois und ausstehenden Forderungen: nichts.

## Tit. III.

An Vieh und Pferden: nichts.

IV. An Utenzilien und Geräthschaften.

1. Reglement,
2. Stadt-Siegel,
3. 2 Tische,
4. 2 Bänke,
5. 1 metallene Glocke,
6. 1 beschlagenen Berliner Scheffel,
7. 1 *siłowne, Berlin. 1776. ...*,
8. 1 Pfd. Berliner Gewicht (eisern),
9. 1 ganzes und 1 halbes Berliner Quart von Blech.
10. 2 Wasserkrusen mit eisernen Rändern auf Schleißen.
11. 2 Feuerleitern,
12. 2 Feuerhaken,
13. Prod- und Fleisch-Scharren,
14. 1 Polizeipfahl.

V. An Passiva und Schulden.

4333 Thl. 8 gGr. (Vaut emphyt. Contract.)

## Die polnische Kolonie in Berlin.

Von  
H. Bartolomäus.

Ueber die Polenkolonie in Berlin veröffentlichte in der Biblioteka Warszawska (1901 Februarheft S. 334—72), einer der angesehensten polnischen Zeitschriften, der ehemalige, aus Preußen ausgewiesene Redakteur der „Praca“, Dr. Kasimir Rakowski eine Studie, deren Inhalt in mancher Beziehung auch für deutsche Leser von Interesse ist.

Die Arbeit gehört zu jener, hauptsächlich von Frankreich um die Mitte vorigen Jahrhunderts ausgegangenen Art politischer Schriftstellerei, die jede Erscheinung im Völkerverleben unter gewisse sogenannte populäre Begriffe zwingen will und die jene verdrießliche Stimmung hervorbringt, welche die Behandlung des Menschen als einer Zahl, eines beliebig verwendbaren volkswirtschaftlichen Wertes, hervorzurufen geeignet ist. Im übrigen aber ist auch sie von großer Bedeutung, wenn es sich um die Kenntnis der Gesinnung und der Absichten der Partei handelt, zu der Verf. gehört, so oberflächlich der Aufsatz im Uebrigen geschrieben ist.

Erst im letzten Drittel des 19. Jahrh., sagt Verf. (S. 234), begann die polnische Einwanderung nach Deutschland, und zwar wegen des schlechten Standes der Landwirtschaft in den polnischen Provinzen (S. 235), der Freizügigkeit, der unerträglichen politischen Bedingungen, welche eine verhältnismäßige Freiheit ersehen sollte, der hohen Preise der Hauswirtschaft in den Industriebezirken Deutschlands, des Mangels an Arbeitern in der Landwirtschaft. Dazu wirkte der französische Krieg mit, an dem „bekanntlich“ fast alle Polen, die in der aktiven Armee, Reserve und Landwehr dienten, teilnahmen. „Sie lebten lange inmitten einer Gesellschaft mit hohen Kulturbedürfnissen und konnten sich nach ihrer Rückkehr nicht mehr an die niedrige Stufe der Bedürfnisse der Arbeiterkreise zurückfinden und sich mit der Verdienststufe der polnischen Provinzen begnügen.“ Im Jahre 1875 waren in Berlin etwa 24000 Polen aus Preußen, Posen, Schlesien; es sind fast alle germanisiert, denn 1901 kann man in Berlin Polen, die 1875 dorthin gekommen, mit der Laterne suchen, oder nach Hause zurückgekehrt. 1880 waren 22000 Polen und 41000 russische Unterthanen, 1901 50—60000 Polen in Berlin.

Sie sind meist Handarbeiter (S. 231), denn dort braucht man Muskelkraft, und diese kann der Osten liefern. Tausende von Polen sind Handlanger bei Bauten und Expeditionsgeschäften, Straßengehrer, Schneeschipper, Pflasterer, Wasserleitungsrohrleger, verarmte Edelleute (S. 238) als Reporter obskurer Zeitungen, Handwerker, die sich in Berlin ihr Vermögen verdient haben, arbeitslose Männer, junge Herren, die Geld verschwenden. Das Volk sieht den Säuser im Kinnstein liegen



und ruft „oller Pöllaße;“ der Händler spricht von minderwertiger Nation, weil sie leicht zu betrügen sind. Auf jedem Schritt (S. 239) trifft man entgleiste Leute oder germanisirte. Zu Hause thut man zu wenig, um die Leute zum Widerstande zu befähigen. Erst die Wähler — also um das 30. Lebensjahr — fangen an, sich zu befestigen. Wer jünger in die Fremde geht, verfällt der Germanisation, sobald der Fropst ihm fehlt, der ihn zum Eintritt in polnische Vereine anhielt. Deutsch-katholische Vereine, unter Aufsicht von deutschen Geistlichen, germanisiren Hunderte von Polen. „Deutsch lesen haben sie in der Schule nicht gelernt“ (S. 240), polnisch lesen haben sie überhaupt nicht gelernt. Ihr Feiertag ist der Auszahltag, ihr Gottesdienst, einen ganzen Tag schlafen zu können; sie heirathen deutsche Frauen. Andere treten dem Socialismus bei, der sie auch germanisirt. Der „Dziennik Bertinski“ hatte 1200 Abonnenten in seinen besten Zeiten, auf allgemeinen Volksversammlungen erschienen etwa 2000 Polen. Im Ganzen mögen 20000 etwa Widerstand leisten, der Rest geht verloren, sprechen polnische Worte mit deutschen Gedanken (S. 240).

Der organisierte Theil der Colonie (die „eigentliche Colonie“) (S. 242) besteht aus 1. Fabrikarbeitern, 2. Handwerkern, 3. Kaufleuten und Angehörigen des Handelsstandes (S. 241). Die zu 1—2 (S. 243) halten fest an der Heimath, halten Nischchen für Verbrechen am Volksehem. Es giebt Vereine, aber Wahlversammlungen, Vereine, Gesellschaften, Banken wie in der Heimath haben sie nicht; der Ausdruck der Gemeinschaftlichkeit ist die Arbeit (d. h. Agitation.) Die Vereine aber (S. 243) retten manchen schon halb Verlorenen; wie aus der Puppe der Schmetterling, zeigt sich inmitten der Kultur das „goldene polnische Herz.“ So entwickeln sich die polnischen Vereine in Leipzig, Dresden, Hamburg, Breslau. Leider sind diese Vereine meist religiösen Charakters (S. 244), in Folge heimatlicher Erziehung, wo man sociale und nationale Angelegenheiten nicht verstehen lehrt. Doch hat das jetzt aufgehört, unter dem Einfluß anders gebildeter Persönlichkeiten. In Berlin giebt es jetzt 30 Vereine, die sich unter einem Comité vereinigt haben, außer andern (S. 245), darunter 3 Gesangsvereine, ein Turnverein (Sof61), Wohlthätigkeitsvereine, die arme Polen verpflegen, besonders Zurückkehrende, daneben Socialisten, die mit deutschen Bestrebungen in Beziehung stehen (S. 246.) Auch in Charlottenburg, Kirchdorf, Weissensee, Schöneberg, Kallberg-Küdersdorf, Königs-Wusterhausen bestehen polnische Vereine. Meist haben sie 60—70 Mitglieder, einer bis zu 300. Eine Zeitlang bestand Ueberproduktion in Vereinen (S. 247). Viele wollten Vorsitzende sein. Vereine gingen unter, andere vereinigten sich. Meist ist wöchentlich eine Sitzung, jede zweite eine Vorlesung von Originalartikeln oder Zeitungsartikeln und deren Besprechung.

Mancher aus Rußland oder Galizien findet sich enttäuscht; statt Meister, intelligenter Menschen, findet er arme Handwerker (S. 248), aber doch sind diese entwickelter als Ständesgenossen zu Hause. Sie verlangen populäre Vorlesungen aus polnischer Geschichte, Unterhaltung darüber und das ihnen Naheliegende, Aufforderung zur Pflege der nationalen Sprache und Ideale. Die Arbeit dabei ist daher oft erschöpfend, oft undankbar, oft von Studenten ausgeführt.

Gelesen wurde über Mickiewicz, den Entsatz von Wien, Blick auf die polnische Geschichte im 19. Jahrhundert, über die Pariser Ausstellung, über Sonne und Sterne. Jemand (S. 249) fragt den Verfasser nach einer Vorlesung aus polnischer Geschichte, ob er glaube, daß Gerechtigkeit zuletzt auf der Welt siege, wenn nämlich nicht, ob es denn einen Zweck habe, mit dem Bösen zu kämpfen?

Die Vereine schützen nicht nur vor Germanisierung, sie helfen auch in der Noth und wecken den Sinn für Sparsamkeit. Krankheit und Tod eines Familienmitgliedes führt nur zu oft die ganze Familie in den Abgrund der Noth, der um so furchtbarer ist, als er unter fremden Leuten sich öffnet, meint Verf., wobei er vergißt, daß er sich in Berlin, mit seiner hervorragenden Sorge für Armuth und Noth, öffnet.

Da springen denn die Vereinskassen ein. Doch giebt es Ausnahmen, traurige Ausnahmen! Noch vor kurzer Zeit geschah es, daß man in den Vergnügungen der Vereine (S. 250) viele Deutsche sah und deshalb (der „Gäste“ wegen) die deutsche Sprache hörte, sogar — der Eintrittsgelder wegen — deutsche Ansätze und Einladungen erließ; außerdem waren viele Mitglieder mit deutschen Frauen verheirathet. Jetzt weist man jedoch deutsche Deklamationen, deutsche Lieder sofort zurück, oder doch in den Comititzungen oder im „Dziennik Berlinski“.

Außerdem besteht ein Kriegerverein (S. 251) polnisch sprechender, ausgedienter Soldaten, jetzt Beamten, mit patriotisch-preußischen Festlichkeiten (Kaisers-Geburtstag, Geburtstag eines Garde-Übersten, Todestag Bismarcks oder Moltkes), alle paar Wochen polnischen Reden und Theilnahme wirklicher preußischer Gardetambours. Ein unerläßlicher Teil ist die — ausschließlich deutsche Sitte! — Sauferei oder sog. Commers. Nur preußische Märsche werden gesungen; der Verein gehört zum sog. Sängerbund.

Außerdem bestehen vier Lotterie-Vereine, die in allen erlaubten Lotterien für gemeinsame Einsätze spielen und „in voller Seelenruhe“ auf das große Loos warten.

Zum Comité gehören Abgesandte der Vereine, gewöhnlich der Vorsitzende; es soll Einigkeit in allen gemeinsamen Angelegenheiten erstreben. Es tritt alle Monat zusammen und die von ihm behandelten Fragen beweisen seine Nothwendigkeit und Lebensfähigkeit. Besonders in Einigung der Vereine (S. 252) und Verhinderung der Bildung neuer Vereine hat es eine wahre Sisyphusarbeit. Fortwährende Streitig-

keiten geben Veranlassung zur Bildung neuer Vereine, die dann ohne Verstand wirtschaften und zum Notwendigen nichts besitzen. Ueberhaupt vegetieren die meisten Vereine, ohne sich entwickeln zu können. Eine wirkliche Jurisdiction kann das Comité nicht üben; ein Versuch dahin gefährdetete seinen Bestand.

Jährlich wird die Zahl der ganz armen Polen, besonders im Herbst, in Berlin größer. Sie finden Unterstützung im polnischen Aghl oder besuchen Landsleute. Es sind Betrüger darunter, wie einer, der sein ihm bezahltes Billet nach Posen vorzog zu verkaufen und in Berlin zu bleiben. Unglaublich sind die Zustände in der IV. Klasse, in der solche Reisende fahren (S. 254). — Seit vielen Jahren wird über ungenügende polnische Pastorierung der Polen geklagt. Germanisation ist hier Protestantisierung oder wenigstens völlige Indifferenzierung gegen Katholizismus. Die Kirche ist von riesiger Bedeutung für die polnischen Auswanderer. Ein einziger polnischer Geistlicher kann hier die Heimat vertreten, den Leuten den Weg zur Entwicklung zeigen, der Germanisation entgegenzutreten. Die Bitten darum sind unerhört geblieben (S. 255). Entweder entschuldigt man sich mit Mangel an geeigneten Geistlichen und schickt oberschlesische, die nur gebrochen polnisch sprechen. Der „Erzbischof“ (eig. Fürstbischof) Kopp wird von politischen Gründen geleitet; er will den Polen nicht wohl, und der Erzbischof Simar von Köln hat sich für schnelle Germanisation ausgesprochen. Dem Propst Zahnel waren die Hände gebunden, der Propst Reuber hört die Bitten der Polen nicht gern. Der Propst in Hoppegarten hat zu dem polnischen Verein in Kalkberg-Rüdersdorf gesagt: „Wer in Deutschland lebt, soll ein guter Deutscher sein und die Träume von der Heimat von sich werfen. Ich bin selbst ein Deutscher, obwohl ich von polnischen Eltern stamme. Polnische Sprache hat den Wert eines fremden Geldstücks.“ Der Propst Stephan in Weissensee vertheilte deutsche Gebetbücher mit schlechter polnischer Uebersetzung. Der Dekan an S. Maria in Charlottenburg wollte ein polnisches Paar erst dann polnisch trauen, als Jemand aus Berlin kam und darum bat, aber nur mit der Bedingung, daß er nicht mehr aus Berlin käme, um in Charlottenburg zu heben.

So verfährt man in Berlin selbst (S. 257) nicht; aber dort ist ein gefährlicher Feind der Eintritt in deutsch-katholische Vereine, unter dem Vorbehalt von Geistlichen; zu ihnen gehören Hunderte von Polen, die „schmerzlos“ germanisiert werden, woraus man ihnen keinen Vorwurf machen kann (S. 258).

Sehr wichtig ist für die Auswanderer die Frage der Kindererziehung, der sich zwei Hindernisse: 1. Die fremde Umgebung, 2. der demoralisierende, großstädtische Einfluß, entgegensetzen. Die Eltern sehen ihre Kinder meist nur des Abends, wo sie selbst zur Thätigkeit unfähig sind. Da helfen keine Vorstellungen (S. 256). „Keine Besserung

kann dort sein, wo es keine Schuld giebt“. Als Wunder wird ein Kind angestaunt, das einen (polnischen) Vierzeiler deklamieren kann. Hände sich auch Jemand, der dagegen wirken wollte, der würde die Schwierigkeit auf das Gebiet des Erwerbes übertragen, denn in diesem Falle bliebe solch ein Kind hinter den andern zurück. Das sagen die Eltern selbst und ihre Begründung ist „nicht ohne traurige Logik,“ und sie begünstigen deshalb die Germanisation. „Der Hunger zwingt sie zur fremden Sprache“ (S. 260). Die Germanisation ruiniert die Jugend, denn so „künstlich“ erzogen, erheben sich die jungen Leute zu keiner Kraft; deshalb nämlich, weil diese bedauerenswerthen durch ganz zwecklose Agitation — wie hier selbst eingestanden wird — von Kind auf in einheitlicher Fortbildung gestört sind.

Im Jahre 1892 sammelte die Schulkommission — denn sie hat eine „Schulverwaltung“, diese Agitation, — von 26 Vereinen das ganze Jahr kaum 550,76 Mk. Das ganze Budget betrug 1 500 Mk. Natürlich konnten kaum 10—20 Kinder unterrichtet werden. Außerdem gaben die Vereine 850,93 Mk., von denen Dr. Lyskowski persönlich 498 Mk. sammelte. „So gleichgültig sind die Auswanderer für die Erziehung ihrer Kinder“, sagt Verf.; aber wenn man die Vermögenslage dieser Leute, wie er sie selbst schildert, betrachtet, so ist es eine ganz achtungswerthe Opferung allerdings besser zu nähender Spargroschen. 7—10 Kinder lesen polnische Bücher, obwohl sie unisono zum Lesen gegeben werden. Die Jugend — statt lieber auf die Agitation zu hören — raucht (S. 261), spielt, trinkt schon mit 15 Jahren in den Schenken und treibt sich Nachts in den Straßen umher. Die Bücher sind aber auch schlecht ausgewählt: veraltete Erzählungen, philosophisch-religiöse Abhandlungen, von Perrückten (od maniaków) auf eigene Kosten herausgegeben, oder zu schwer verständlich. Sie kommen von Leuten (S. 262), die doch etwas thun wollen und dies billig thun wollen. Aber ein polnisches Haus ist für Berlin geplant und wird gewiß auch gebaut; da würde sich denn eine zweckmäßige Bibliothek einrichten lassen.

Mehr Einfluß hat die polnische Presse. Seit 1892 kam die „Gazeta Polska“ heraus, ein Blatt, wie manch andere in Posen oder Westpreußen, redigiert vom Verleger, der sein eigener Drucker und Setzer ist. 1893 begann der „Dziennik Berlinski;“ man entschädigte den Herausgeber der andern Zeitung, damit er sie eingehen ließ. Der „Dziennik Berlinski“ ward erst von einer Genossenschaft m. b. H., dann von einer stillen Gesellschaft, dann auf Pachtvertrag, jetzt vom Eigentümer herausgegeben, erfreut sich offenbar keiner erheblichen Unterstützung. Außer ihm werden gelesen „Praca“ (über 600 Leser), Wielkopolanin, Tregdownit, Postop (500 Exempl.), die (polnischen) Danziger, Graudenzcr, Thormer, Strowoer Zeitung, Yech, Katolik (300 Leser), und von 100 Lesern zusammen der Dziennik Poznański,

der Kurjer Poyznóski, galizische, Warschauer Zeitungen, ferner (150 Leser) die socialdemokratische Gazeta robotnicza, — alles in allem 2300 Leser, hochgerechnet.

Allgemeine Versammlungen (wiees) finden statt zur Mikicmicy-Feier, zum Popsit-Jubiläum, beim polizeilichen Schluß der polnischen Schulen, gegen den Mangel der polnischen Predigten; — man fragt unwillkürlich, warum die Geistlichen, die polnische Abgeordnete sind, hier nicht mit Erlaubniß der Kirchenbehörden eintreten, um diesen Mangel abzuhelfen, wenn sie in Berlin sind, — zur Besprechung des Verhältnisses zu den Verwaltungsbehörden: ein paar Tausend kamen zusammen. Namentlich Perka, Vorsitzender des Comites und Schneider-Anstalts-Eigenthümer, ist um die Sache verdient, also im Sinne und in der Rolle der Dreßel, Nigr, Gregor, Swarcenbr, Kiofac (Klobhacker) in Böhmen.

Die Polizei begegnete früher (S. 264) diesen Bestrebungen mit aller Rücksicht, vielleicht sogar mit Gunst, denn die Vereine hoben die polnische Bevölkerung, ließen sie nicht zum Abschauum herunter sinken und arbeiteten gegen die Sozialdemokratie. Aber das hat aufgehört. Die Polizei findet sich bei den Sitzungen ein, notiert alle Ansprachen, unterhält Kellner und Eindringlinge in Privathäusern und Gesellschaftsversammlungen als Angeber. Sie läßt nur eine bestimmte Zahl von Zuhörern zu den Versammlungen zu, erschwert das Festhalten polnischer Schulen. Anzeigen gehen oft — aus Mache — von Polen aus.

Die polnischen Schulen haben aufgehört. Gegen die polnischen Vereine weht ein ungünstiger Wind „von oben.“ Beamte dürfen nicht mehr zu ihnen gehören. Das Leben der polnischen Studenten wird in raffinierter Weise überwacht, nach dem Grundsatz „wer bewacht wird, den bewacht Gott.“

In Berlin ist man aber immer noch rücksichtsvoller gegen die Polen als anderswo; ein „völlig ruhiger und ein ruhiges Leben führender Bürger,“ der nur einmal in einem polnischen Verein eine Vorlesung gehalten hatte, meldete sich bei der Polizei in ein anderes Revier ab; der Commissar (S. 265) war aufrichtig darüber erfreut und meinte, man hätte zu viele Berichte über den Herrn an die Behörden schicken müssen.

Trotz alledem bietet das Berliner Leben den dortigen Polen unter diesen schweren Verfolgungen gewisse Lichtpunkte. Die wahrhaftige „Grandeza“ der jungen Polen ist und bleibt das unerreichbare Ideal der jungen deutschen Herren (S. 265), die bewundernd ihnen von ferne zusehen. Das ist nicht die Wirkung etwa ihres Reichthums. Im Gegentheil, der junge Pole pumpt eben mit solcher Grazie bei Kellner — dem erwähnten, bewundernden, jungen deutschen Herrn — und Vermietherin, daß diese ganz erzácht fragen, ob er denn nicht das doppelte annehmen wolle; sie bekommen Alles mit fürstlichen Kinjen wieder.

Gegen Arme (und die ihre Armuth nicht so entzückend cashieren können) ist man zurückweisend in Berlin, was auffällig erscheint, auch gegen arme Polen.

Die Verbindung des „wissenschaftlichen Vereins der Polen in Berlin“ mit den andern Vereinen der Polen wurde versucht zu stören. Der Polytechnische Verein „Techne“ wurde aufgelöst. Bei den andern verbot man den Studenten im Vorstande zu sein, was übrigens auf den allgemeinen Universitätsgesetzen beruht, die Theilnahme von Nichtstudenten an Studentenvereinigungen verbieten. Der genannte Verein beschwerte sich; die Sache ging mit der deutschen Gründlichkeit einige Monate durch die Instanzen. Dann wählte man einen neuen Vorstand und führte den Kampf um die heilige Sache fort.

Die Studenten (S. 267) aus dem „Königreich“ sehen auf die „Posener“ mit Ueberhebung herab, haben hohes Selbstvertrauen und halten sich für unfehlbar; sie gehören meist zum Polytechnikum. Die Posener sind ruhiger, gehören meist zur Universität, sind verschlossen und halten sich an ruhige Arbeit, sind also vom Deutschthum angesteckt.

Die polnische Intelligenz besteht aus reichen Leuten, die das großstädtische Leben genießen, und Beamten aller Art (S. 268). Sie halten sich fern, kommen zu den allgemeinen Wahlversammlungen nicht und gehen nur aus moralischem Zwange zu den Vereinsübungen. Früher hatten sie Beziehungen zu dem „wissenschaftlichen Verein;“ aber als dort Streitigkeiten und Ehrenhändel aller Art entstanden, entzogen sich ihm viele polnische Häuser.

Dasselbe gilt von den Abgeordneten (die man in Deutschland für die geborenen Führer der Bewegung hält); in den Vereinen sind zu Viele, die sich als Volkstrüben und Spitzen der Intelligenz geben, und das können jene Elemente nicht vertragen.

Gegen die Germanisierung der polnischen Colonie in Berlin ist man über folgendes Mittel einig; 1. Regulierung des Aufschusses der Auswanderer, Pflege der Ankommenden, polnisches Arbeitsvermittlungsbureau, d. h. Abjähigung der Armen. 2. polnische Geistliche für das einfache Volk, besonders durch Förderung beim Cardinal Kopp. 3. Polnisches Vereinshaus. Vor allem aber muß Grundsat sein, nicht zu bleiben, sondern zurückzukehren und in der Heimath mit der deutschen Concurrnz im Gewerbe und Handel mittels deutscher Routine zu kämpfen, zu zeigen, daß auch der Handwerker ein Bürger sei, wie es in Westeuropa, aber nicht in der Heimath, ist, und so helfen, daß der Schwerpunkt sich auf die mittleren Klassen verlege.

Die Auswanderung nach Berlin kann dann der Heimath tüchtige Meister geben in der Lampenfabrication, erstklassige Fachkräfte im Spielwarengeschäfte, tüchtige Tapezierer, Leiter für Möbelfabrication, Meister für Maschinenfabriken (S. 271), Lithographen und Trucker, nach Art, wie man sonstwo Reisestipendien zu ähnlichen Zwecken gewährt.

Dadurch wäre nun die Frage nach Bewahrung der Kinder vor Germanisierung einfach gelöst. Um die Sammlung von Vermögen in polnischen Händen zu fördern, hat man eine polnische Bank „Starbosa“ gegründet, die 1899 schon 208.000 Mt. Umsatz hatte, also bedeutend weniger als die Sparkasse mancher Stadt von 3—4000 Einwohnern, 88.000 Mt. Depositen, durchschnittlich 4—500 Mt. auf den Kopf.

Die Parole muß sein: die Stärksten, die ausgebildetsten Leute müssen zur Heimat zurückkehren, nachdem sie auf — fremdem Boden die Selbständigkeit der Ansichten (S. 272), der Unternehmungen, die geistige Initiative gelernt haben, die im Völkersagen fehlt. So können sie der Heimath die Zereiter des Fortschritts sein, während sonst drei Viertel spurlos im deutschen Meere verschwanden.

Ist dies aber nicht der Fall, geben sich die „jednostki“ (Individuen) nicht zum Werkzeug der Agitation, zur Zahl für politische Brochuriers her, dann ist freilich nicht einmal „tant de bruit pour une omelette,“ sondern „much ado about nothing!“

## Geschäftliches

### der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen.

Am Mittwoch, den 27. März, fand in der Sektion *Knowcajlam* eine Sitzung statt. Zu derselben gab Herr Oberlehrer *Warbel* die Fortsetzung seiner Arbeit „Aus der Geschichte der Provinz Posen seit 1815.“ Zu einem fast zweistündigen Vortrage behandelte der Referent ausführlich den misglückten Aufstandsversuch im Jahre 1816 und den sich daran anschließenden Völkervertrag in Berlin, in dem die 24 Angeklagten abgeurtheilt wurden. Uebergehend auf die Märzbewegung des Jahres 1848 und den durch diese herbeigeführten Vergnadigungserlaß vom 31. März 1848 schilderte der Vortragende eingehend die revolutionäre Organisation in der Provinz Posen, die matten Gegenbestrebungen der preussischen Regierung, vornehmlich die unglückselige Thätigkeit des Verödnungs-Kommissars *Wilkien*, die schließlich zu blutigen Zusammenstößen führte. Von den Einzelkämpfen wurden besonders die Schlacht bei *Miloslaw* und der Ueberfall der preussischen Truppen in *Puf* des Weiteren angeführt.

### Historische Gesellschaft für den Nehedistrikt zu Bromberg.

Am 17. Januar d. J., Abends 7 Uhr, fand in den Räumen des *Civiltasinos* die diesjährige Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, *Gymnasialdirektor Dr. Wulmann*, eröffnete die Sitzung und theilte zunächst mit, daß davon hätte abgesehen werden müssen, mit der Generalversammlung diesmal, wie in den Vorjahren, die Feier des Stiftungstages zu verbinden, da die Theilnahme an dem dazu geplanten Festmahl in Folge anderweitiger Feierlichkeiten keine genügende geworden sei. Es sei deshalb in Aussicht genommen, das Stiftungsfest im Februar zu feiern.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein. Der Schriftführer, *Regierungsrath Meyer*, erstattete den Geschäftsbericht, der *Stadtmagister, Kammerrentalh Krause*, den Finanzbericht über das Jahr 1900. Die vom dem *Stadtmagister* gelegte Rechnung war von dem *Steuerrath Paach* verbiethet und in Richtigkeit und Ordnung befunden; auf Antrag des *Revisors* wurde

dem Rechnungslager Entlastung erteilt. Sodann beschloß die Versammlung, aus dem Restbestande des von Hippel-Fonds eine neue besondere Stiftung im Betrage von 400 Mk. zu gründen, aus deren Zinsen alljährlich Vaterländische Geschichtswerke über die Freiheitskriege und ihre Vor- und Nützenspiele angekauft und an Schüler hiesiger Schulen vertheilt werden sollen (Näheres s. Geschichtsbericht für 1901 Monatsblätter II S. 63). Ferner wird der Ankauf einer Sammlung von Münzen aus der Erdenszeit, aus dem Nachlaß des verstorbenen Kenters Böding stammend, zum Preise von 260 Mk. beschlossen.

Hierauf erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Nachdem so der geschäftliche Theil der Tagesordnung erledigt war, erhielt Herr Oberlehrer Kowern das Wort zu dem Festvortrage, dessen Thema lautete: „Die Erwerbung der preussischen Königskrone.“ Nach Beendigung desselben dankte der Vorsitzende dem Vortragenden für seine ungemein klaren und lebhaften Ausführungen und brückte im Anschluß daran noch in warmen Worten aus, welchen lebendigen Antheil gerade auch die historische Gesellschaft an der Feier des 200-jährigen Bestehens des Königreichs Preußen nehmen und nehmen müsse. In Anerkennung hieran legten die Herren Stadtbaurath Meyer und Commerzienrath Franke ein der Stadt Prouberg gehöriges illustriertes Prachtwerk über die Krönung in Königsberg 1861 vor, aus dem einige auf die Grundsteinlegung des Denkmals Friedrichs des Großen zu Prouberg bezügliche Stellen zur Vorlesung gelangten. An dieser Feierlichkeit nahmen damals König Wilhelm I. und seine Gemahlin, auf der Rückreise von Königsberg kommend, sowie auch der Kronprinz und andere hohe Herrschaften Theil. Endlich zeigte Herr Commerzienrath Franke drei kolorirte Bilder, Ansichten von Berlin aus der Zeit König Friedrich des Großen darstellend, vor, welche großes Interesse erregten. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. N. Meyer.

## **Historische Gesellschaft für die Provinz Posen.**

**Dienstag, den 11. Juni, Nachmittags 6 Uhr:**  
**Besichtigung des Baues der Kaiser-Wilhelm-**  
**bibliothek zu Posen**

unter Leitung des Herrn Regierungs-Baumeisters Reidler.

Die Mitglieder versammeln sich um 6 Uhr (pünktlich) auf dem Hauptplatze der Kaiser-Wilhelmbibliothek zu Posen, der zu diesem Zwecke geöffnet sein wird.

**Sonntag, den 30. Juni bis Dienstag, den 2. Juli:**  
**Ausflug nach Warschau.**  
**Bgl. Genaueres auf Seite 2 des Umschlages.**

Redaktion: Dr. A. Warshawer, Posen — Verlag der Historischen Gesellschaft für die Provinz Posen zu Posen u. der Historischen Gesellschaft für den Regierungs-Distrikt zu Bromberg. — Trud von A. Jöwyer, Posen, Wilhelmstr. 20.